

Für eine gerechte Bodenpolitik -

Vielfalt der Besitz- und Größenverhältnisse landwirtschaftlicher Betriebe als Grundlage für eine ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltige Landwirtschaft

Der Landesdelegiertenrat beschließt:

Der Landesdelegiertenrat fordert die Landesregierung auf, die Besitz- und Nutzungsverhältnisse in der Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns derart zu steuern, dass eine möglichst große Vielfalt an Betriebsgrößen und Betriebsformen entsteht, die in einem fairen Wettbewerb am Markt agieren und mit einem hohen Beschäftigungsaufkommen eine hohe Wertschöpfung erzielen können.

Dies erreicht sie nur über eine gerechte Bodenpolitik, die dem Landgrabbing und der Dominanz von landwirtschaftlichen Großbetrieben mit Flächen weit über 500 Hektar Einhalt gebietet und auch kleine und mittelständische Unternehmen (< 250 Hektar) in einem Maße mit landwirtschaftlichen Flächen versorgt, dass deren betriebliche Entwicklung weiter möglich bleibt. Die Flächen im Eigentum des Landes sollten an möglichst viele Betriebe verpachtet werden, um die bisherige bodenpolitische Wettbewerbsverzerrung zu Ungunsten kleiner und mittelständischer Betriebe abzumildern. Darüber hinaus sollte die Landesregierung massiv für eine Änderung der BVVG-Verkaufspolitik eintreten, die weiterhin den Pächterkauf bevorzugt, wobei die Flächen an die langjährigen Pächter, in der Regel Großbetriebe über 500 Hektar, gehen. Die bisherigen Pachtverträge sollten gekündigt und die Flächen in beschränkten Ausschreibungen an alle bisher bei der Flächenverteilung benachteiligten Betriebe und Betriebsneugründungen gehen.

Ein solche gerechte Bodenpolitik schafft die Voraussetzungen dafür, dass die ländlichen Räume Mecklenburg-Vorpommerns nicht weiter aufgrund von Dauerarbeitslosigkeit, prekären Arbeitsverhältnissen, hohem Armutsanteil und ungünstigen sozialen, infrastrukturellen und ökologischen Bedingungen veröden und damit u.a. den Nährboden für rechtsextreme Ideologien bieten.